

## **Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 2 November 2007**

### **1. Durchbruch bei Post-Mindestlohn – Union gibt Blockadehaltung auf**

Gestern hat die SPD einen Durchbruch erzielt: Mit dem Fallen des Briefmonopols ab 1. Januar 2008 kommt der Mindestlohn für die Briefzusteller/innen. Im Westen wird er bei 9,80 Euro liegen, im Osten bei 9 Euro. Für andere Beschäftigte im Briefsektor gelten 8 Euro bzw. 8,40 Euro. Damit hat sich die Beharrlichkeit gelohnt, mit der SPD und Gewerkschaften Druck auf die Union ausgeübt hat. Wochenlang haben sich CDU und CSU trotz Kabinettsbeschluss gegen die Einführung des Mindestlohns gestellt und mit Zahlenspielen den Tarifvertrag zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband Postdienste sabotiert. Jetzt musste die Union nachgeben. Sie stimmte dem überarbeiteten Tarifvertrag zu, um vor Weihnachten nicht als Hungerlohn- und Wortbruchpartei dazustehen.

Der ansonsten inhaltlich und von der Lohnhöhe unveränderte Tarifvertrag enthält den Passus, dass die Lohnuntergrenze nur für Betriebe gelten soll, die „überwiegend“ mit der Briefzustellung beschäftigt sind. Damit soll ausgeschlossen werden, dass der Mindestlohn nicht für Mitarbeiter/innen von Unternehmen gilt, die nur ab und zu Briefe austragen. In der Praxis wird letzteres – wenn überhaupt – jedoch eine untergeordnete Rolle spielen. Wer auf den Briefmärkten wirklich mitmischen will, wird sich dort „überwiegend“ in seinen Betriebsabläufen aufstellen müssen. Flächendeckendes Lohndumping durch Konzerne wie PIN AG und die niederländische TNT kann somit klar ausgeschlossen werden. Darauf kam es an.

Wir machen weiter: Da mit der Union ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn nicht zu machen ist, wird sich die SPD nach und nach jene Branchen vornehmen, in denen Lohndumping zum Geschäftsmodell geworden ist (z.B. die Zeitarbeit), um sie in das Entsendegesetz oder das Mindestarbeitsbedingungsgesetz aufzunehmen. Die notwendigen Änderungen an diesen Gesetzen sollen im März in Angriff genommen werden.

Infos unter:

[HTTP://WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS\\_DOK/0,,42662,00.HTML](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42662,00.html)

### **2. Keine Rente mit Abschlägen – SPD-Einsatz für 58er-Regelung hat sich gelohnt**

Wir konnten gestern (Donnerstag, 29.11.) einen Ersatz für die so genannte 58er-Regelung gegenüber der Union durchsetzen. Diese Nachfolgeregelung verhindert eine Zwangsrente mit Abschlägen vor dem 63. Lebensjahr. Ar-

beitslose können das Arbeitslosengeld II beziehen, bevor sie mit 63 in Rente gehen. Ausnahmen gibt es für Frauen und Menschen mit schwerer Behinderung, die unter bestimmten Voraussetzungen vor dem 63. Lebensjahr in Rente gehen können. Diese Menschen profitieren von der neuen Regelung. Arbeitsuchende, denen innerhalb von 12 Monaten kein Arbeitsangebot gemacht werden kann, gelten weiterhin bis zum Renteneintritt nicht mehr als arbeitsuchend. Allerdings stehen ihnen auf eigenen Wunsch alle Angebote der Arbeitsagenturen, ARGEN und Optionskommungen zur Verfügung. Damit ist klar: Keiner wird abgeschrieben.

Für Arbeitsuchende, die heute unter die 58er-Regelung fallen, ändert sich nichts.

Die Union hat unseren Vorschlag lange blockiert. Jetzt konnten wir durchsetzen, dass es eine adäquate Ersatzregelung gibt.

Infos unter:

[HTTP://WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS\\_DOK/0,,42650,00.HTML](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42650,00.html)

### **3. Mehr Lohn in der Tasche – Bundestag beschloss Beitragssenkung zur Arbeitslosenversicherung**

Eine gute Nachricht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Ab 2008 haben sie mehr Lohn in der Tasche. Die SPD-Bundestagsfraktion konnte die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durchsetzen. Am 16. November hat der Bundestag beschlossen, dass die Beiträge ab Januar 2008 von 4,2 auf 3,3 Prozent gesenkt werden. Die abhängig Beschäftigten können mit mehr Geld nach Hause gehen.

Innerhalb von einem Jahr haben wir den Beitragssatz halbiert: von 6,5 auf nun 3,3 Prozent. Seit 1981 war der Beitrag nicht mehr so niedrig.

Infos unter:

[HTTP://WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS\\_DOK/0,,42126,00.HTML](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42126,00.html)

### **4. Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitnehmer/innen verlängert**

Im Zuge dieser Gesetzesänderung werden über 50-Jährige besser gestellt, die auf Arbeitslosengeld I angewiesen sind. Wir konnten durchsetzen, dass die Bezugszeiten verlängert werden: Über 50-Jährige bekommen 15 Monate Alg I, wenn sie zuvor 30 Monate lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 55 erhalten 18 Monate lang Alg I, wenn sie zuvor drei Jahre lang Beiträge gezahlt haben. Ab dem Alter von 58 Jahren verlängert sich die Bezugszeit auf zwei Jahre. Unterbrechungen in den letzten fünf Jahren spielen für den Anspruch keine Rolle. Das kommt vor allem den Frauen zu Gute und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ostdeutschland.

Jetzt kämpft die SPD für eine faire Altfallregelung, damit auch diejenigen davon profitieren, die bereits in diesem Jahr Alg I beziehen. Auch hier müssen

wir mit der Union noch zu einem Ergebnis kommen. Über die Altfallregelung wird nächstes Jahr etwas ins Gesetzblatt kommen. Die SPD kämpft aber für eine rückwirkende Anwendung.

Die Union wollte die Generationen gegeneinander ausspielen (Rüttgers-Vorschlag). Das konnten wir verhindern. Damit ist der Parteitagsbeschluss der CDU, die Verlängerung für Ältere durch Kürzungen bei den Jüngeren zu finanzieren, endgültig vom Tisch.

Infos unter:

[HTTP://WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS\\_DOK/0,,42126,00.HTML](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42126,00.html)

## **5. Faire Löhne, gute Arbeit, Mitbestimmung – rund 400 Betriebsrät/inn/e/n kamen nach Berlin**

Post-Mindestlohn und Zeitarbeit standen im Mittelpunkt der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, die Mitte November im Deutschen Bundestag stattfand. Rund 400 Betriebs- und Personalrät/inn/e/n aus dem ganzen Land waren gekommen, um neben den aktuellen Themen über faire Löhne, gute Arbeit und Mitbestimmung zu diskutieren. Als positives Beispiel berichtete Jörg Schlagbauer, Mitglied des Audi-Gesamtbetriebsrates und IG Metall, von dem jüngst abgeschlossenen Tarifvertrag für die Leiharbeiter/innen bei Audi, der ihnen den gleichen Lohn zusichert wie der Stammbeschaft. Und der deutlich macht, dass Arbeitnehmerrechte auf betrieblicher Ebene erkämpft werden können, wenn Betriebsrat, Vertrauensleute und Gewerkschaft an einem Strang ziehen.

Infos unter:

[HTTP://WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS\\_DOK/0,,42481,00.HTML](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42481,00.html)

## **6. Junge Gewerkschafter/innen in der Bayerischen SPD-Landesgruppe**

Eine Woche in den Berliner Abgeordnetenbüros der SPD – mehrere junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Bayern nutzen die Chance und schauten sich den parlamentarischen Betrieb an. Jedes Jahr im November öffnen die SPD-Büros ihre Türen für den Gewerkschafts-Nachwuchs. Diese begleiten die Abgeordneten auf Arbeitsgruppen-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen. Die Abgeordneten wiederum treffen auf engagierte junge Gewerkschafter/innen, die ihnen von ihrer Arbeit berichten. Ein junger Mitarbeiter der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) aus Regensburg konnte auf der Sitzung der bayerischen SPD-Abgeordneten, die sich um die Leiharbeit drehte, gleich seine Erfahrungen einbringen.

## **7. Keine Spaltung der Belegschaften - Diskussion zur Leiharbeit mit IG Metall Bayern**

Parallel zu den Gewerkschaftsjunior/inn/en kam Wolfgang Müller von der Bezirksleitung der IG Metall Bayern in die Bayerische SPD-Landesgruppe. Er berichtete über die Zunahme der Leiharbeit. Und über gut gehende Betriebe gerade in Bayern, die die Not der Zeitarbeitnehmer/innen gewissenlos ausnutzen. Die Belegschaft darf nicht in zwei Klassen – in Stammbesellschaft und prekär Beschäftigte - gespalten werden, das war Konsens in der anschließenden Debatte. Die Landesgruppe sicherte der IG Metall Bayern, die sich für die Leiharbeiter/innen stark machen will, ihre Unterstützung zu – sei es über die Öffentlichkeit, über parlamentarische Initiativen oder über Kampagnen in ihren Wahlkreisen.

## **8. Zusammenhalt und gute Arbeit - Betriebsräte-Konferenz in Arzberg am 1. Dezember**

Die nächste Betriebsräte-Konferenz zum Thema *Arbeitnehmerrechte stärken* findet am 1. Dezember in Arzberg (Oberfranken) statt. Über gute Arbeit, über Niedriglohn, Mindestlohn und Leiharbeit diskutieren Ludwig Stiegler, Petra Ernstberger und Anette Kramme mit Betriebsrät/inn/en, Gewerkschafter/innen und interessierten Arbeitnehmer/innen.

Infos unter:

[HTTP://WWW.SPDFRAKTION.DE/CNT/RS/RS\\_DOK/0,,42464,00.HTML](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,42464,00.html)

V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Platz der Republik 1

11011 Berlin